

## Willy Brandt, Frieden und Fortschritt in einem größeren Europa (1971)

**Legende:** Mit Blick auf die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften begrüßt Willy Brandt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD), am 22. April 1971 den wichtigen Beitrag, den die stabilen demokratischen Strukturen der beitretenden Staaten zur Einigung Europas und zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung leisten.

**Quelle:** Sozialdemokratischer Pressedienst. 22.04.1971, Nr. P/XXVI/76. Bonn: Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH. "Frieden und Fortschritt in einem größeren Europa", auteur:Brandt, Willy , p. 1-2.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

**Urheberrecht:** Alle Rechte vorbehalten

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/willy\\_brandt\\_frieden\\_und\\_fortschritt\\_in\\_einem\\_gro%C3%9Feren\\_europa\\_1971-de-845df787-0ff7-40ad-b495-134ab9be4a1a.html](http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_frieden_und_fortschritt_in_einem_gro%C3%9Feren_europa_1971-de-845df787-0ff7-40ad-b495-134ab9be4a1a.html)

**Publication date:** 29/11/2013

## Frieden und Fortschritt in einem größeren Europa

### Große Aufgaben und Verpflichtungen der Sozialdemokraten

Von Willy Brandt

Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Viele wissen: Die wirtschaftliche und technische Entwicklung sprengt die nationalen Märkte und fordert einen großen, einheitlichen Markt. Dieser Markt wurde zunächst in der Europäischen Gemeinschaft der Sechs geschaffen. Durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands vergrößern wir ihn hoffentlich in der nahen Zukunft auf 270 Millionen Menschen, wobei ich von vornherein unterstelle, daß es zu vernünftigen Sondervereinbarungen mit Schweden und den anderen übrigbleibenden EFTA-Staaten kommen wird.

Die wirtschaftlichen Chancen dieses großen Marktes sind eindeutig. Sie erschöpfen sich allerdings nicht in einem "Europa der Geschäfte". Vielmehr soll die Wirtschaftskraft des großen europäischen Zusammenschlusses uns erlauben, Fortschritt für die gesellschaftliche Ordnung der Europäer zu erwirken.

Auf dem Parteitag der SPD in Saarbrücken im vergangenen Jahr habe ich die Forderung aufgestellt, daß die Europäische Gemeinschaft noch innerhalb dieses Jahrzehnts zum sozial fortschrittlichsten großen Raum der Welt gemacht wird. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich jedenfalls energisch darum bemühen - und sie werden dabei gewiß nicht allein stehen - auf den verschiedenen Gebieten der Gesellschaftspolitik fortschrittlichen europäischen Lösungen den Weg zu ebnen.

Ich halte allerdings nichts davon, dieser Politik das Schlagwort eines "sozialistischen Europas" beizulegen. Die Einigung unseres Kontinents ist eine so wichtige Sache, daß alle relevanten Strömungen unserer westlichen Demokratien zur Verwirklichung dieses Zieles zusammengefaßt werden müssen. Es bedarf der vollen Mitarbeit aller Kräfte, die auf dem Boden der Demokratie stehen.

Der Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Staaten ist unter diesem Aspekt besonders wichtig. Bei ihnen handelt es sich um Staaten, in denen die demokratischen Strukturen jenen Grad von Stabilität erreicht haben, den nur eine lange Entwicklung und ein ständiger Ausgleich von Spannungen mit sich bringt. So ist es denn auch kein Wunder, daß die öffentliche Meinung in den beitrtrittswilligen Staaten für die Fragen des sozialen Fortschritts und der demokratischen Kontrolle in Europa ein besonderes Interesse zeigt. Eigene Leistung und waches Interesse können für die Europäische Gemeinschaft befruchtend sein.

In den Römischen Verträgen, die der westeuropäischen Einigung zugrunde liegen, haben die sechs Gründerstaaten ihre Entschlossenheit bekundet, "durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, in dem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen". Hier bleibt noch viel zu tun. Immerhin: Im vergangenen Jahr hat die Europäische Gemeinschaft den Sozialfonds zu einem Mittel der dynamischen Beschäftigungspolitik umgestaltet. Der Rat hat auf deutschen Vorschlag beschlossen, ein europäisches Sozialbudget aufzustellen und gemeinsame Ziele für die soziale Sicherung in allen Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Den sozialen Fortschritt in der Gemeinschaft zu fördern, das bedeutet zugleich, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Fortschritt und soziale Sicherheit in den zurückgebliebenen Regionen eine Chance erhalten.

Erst dadurch entsteht die engere Verbundenheit der Menschen, die dem sich einigenden Europa angehören. Sie mitzuschaffen, erfordert die Mitarbeit aller sozialbewußten Kräfte in unseren Staaten. Dies eilt auch für die Kontrolle der wirtschaftlichen Kräfte, die sich im großen gemeinsamen Markt - und in der daraus werdenden Wirtschafts- und Währungsunion - entfalten.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß ich die Einigung Europas auch deshalb für so wichtig halte, weil sie eine entscheidende Rolle spielen kann, um den Frieden sicherer zu machen. Wir wollen nicht eine sich abkapselnde, sondern eine weltoffene Gemeinschaft. Diese wird der sachlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen haben und dadurch mithelfen können, daß wir allen Schwierigkeiten zum Trotz einer europäischen Friedensordnung näherkommen.

(Dieser Artikel ist gleichzeitig in "Ny Politik"/Kopenhagen erschienen.)